

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post;
in der Geschäftsstelle abgeholt 2 A.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
25 G. auswärtiger Preis 30 G. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanschluß Nr. 123 Amt Rüdelsheim am Rhein.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.

Nummer 76.

Donnerstag den 1. Juli 1920.

20. Jahrgang.

Fehrenbachs Aufnahme.

Eine vier Fünftel-Mehrheit im Reichstage?

Das Kabinett Fehrenbach hat sowohl im Reichstag als auch in der Presse eine außergewöhnlich freundliche Aufnahme gefunden. Es hat sich nicht in allen Parteien die Erkenntnis durchgerungen, daß nun einmal regiert werden muß, daß jede deutsche Regierung während der Verhandlungen in Spaa sich auf eine große Mehrheit der Nation stützen können muß.

Der Reichskanzler hat den Parteien diesen Schritt rechtlich erleichtert. In seiner Programmrede war er sichtlich bemüht, alles Trennende aus unserem öffentlichen Leben auszuschalten und nur das Einigende zu betonen, wie es die Not des Vaterlandes erfordert. Das Ziel der Regierung ist eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die Worte des Reichskanzlers, der sich selbst als ein Opfer seiner Auffassung von vaterländischer Pflicht bekannte, verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Parteien.

Die Führer der Oppositionsparteien — Scheidemann (Soz.) und Herzt (Dnalk.) liegen bei aller Kritik deutlich erkennen, daß sie ihre Opposition so lange zurückstellen wollen, wie nicht etwa wichtige Grundzüge ihres politischen Programms in Frage kommen. Ja, der Führer der Deutschnationalen betonte ausdrücklich, daß seine Parteifreunde sich einem etwaigen Mißtrauensvotum gegen das Kabinett, wenn es von anderer Seite beantragt werden sollte, nicht widersetzen würden und daß auch sie ihre Kräfte zur weiteren Arbeit im Interesse des Vaterlandes zur Verfügung stellen. Erwähnung verdient auch die Äußerung des Abg. Scheidemann, daß in den Tagen von Spaa die Nation in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter der Regierung stehe. Nur der Sprecher der Unabhängigen nahm gegenüber der neuen Regierung einen völlig ablehnenden Standpunkt ein, doch auch das Zentralorgan der unabhängigen Sozialisten, die Berliner „Freiheit“, muß zugeben, daß das Programm des neuen Kabinetts vieles enthalte, dessen Bewürdigung nützlich wäre, und daß der Reichskanzler mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet habe, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren.

So war, wie die „Germania“, das führende Zentralorgan Norddeutschlands, mit Genugtuung bemerkt, der äußere Verlauf und der Eindruck des ersten Auftretens der neuen Regierung ein so guter, wie man ihn nur von einem Kabinett erwarten konnte, das sich als Minderheitskabinett vorzustellen gezwungen ist und das für die unentbehrliche Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung, für das verfassungsmäßig notwendige Vertrauen der Vollvertretung nicht zuletzt angewiesen ist auf das Verantwortungsgewissen in den Kreisen derjenigen Parteien, die außerhalb der Regierungskoalition stehen.

Dies Verantwortungsgewissen wird die Oppositionsparteien — wenigstens soweit Mehrheitssozialisten und Deutschnationale in Betracht kommen — aller Voraussicht nach auch beim Abschluß der Aussprache über das Regierungsprogramm leiten lassen. Wie die „Voss. Zeitung“ erfährt, scheint bereits über die Form, in der der Reichstag seine Zustimmung zu der Kabinettsbildung geben soll, eine Verständigung erzielt zu sein. Es handelt sich um eine Erklärung, in der die Regierung ersucht wird, im Sinne ihrer proklamatorischen Darlegungen die Geschäfte zu führen. Dieser Entschlebung werden voraussichtlich nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Deutschnationalen zustimmen, so daß die Regierung bei der ersten Abstimmung eine vier-Fünftel-Mehrheit erhalten würde, was im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der Konferenz in Spaa sehr zu begrüßen und für die Stellung der deutschen Vertreter von großer Bedeutung wäre.

Vor neuen Schwierigkeiten?

Regierungsprogramm und Ententenote.

In dem Augenblick, wo die Regierung sich dem Reichstag vorstellte und wo der Reichskanzler ein Programm der Versöhnlichkeit nach innen und außen entwarf, wurden von dem Minister des Auswärtigen Erntens die drei — ihrem Inhalt nach bereits bekannten — Ententenoten veröffentlicht, die starr auf dem Scheitern der Allierten bestehen und auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands keinerlei Rücksicht nehmen. Es ist, als ob die Regierung gleich die Größe ihrer Aufgabe hätte unterschätzen wollen. Denn nun können bereits gewaltige Schwierigkeiten vor ihr auf dem Ton der Noten macht es unwahrscheinlich, daß die Entente sich von dem präsentierten Konto irgend etwas abfinden lassen wird. Sie hält an der Forderung des Deeres auf 100 000 Mann fest und so

tattet als sehr fragwürdigen Ausgleich nur die Berechnung der Volkstruppe auf 150 000 Mann. Diese Forderung erklärte aber der Reichswehrminister Gessler nicht durchzuführen zu können. Daneben verlangt die Entente die bedingungslose Auflösung der Sicherheitswehren, aber dieses Verlangen begegnet bei den süddeutschen Staaten, besonders Bayern, der festhalten Opposition. Im Innern Lebensmittelunruhen in den verschiedensten Teilen des Reiches, besonders in industriereichen Westen und in den Hansestädten, aber sogar auch in Bayern, das von Norddeutschland aus gesehen bisher immer sozusagen als das Land erschien, in dem Milch und Honig fließt. Gegen den Lebensmittelwucher beginnt nun die Bevölkerung zur Selbsthilfe zu schreiten, nur leider mit dem sehr wahrscheinlichen Erfolg, daß die Ware vom Markt verschwinden wird.

So ziehen sich von allen Seiten bedrohliche Wetterwolken zusammen und man kann es dem Reichskanzler wohl nachfühlen, wenn er vor dem Reichstag erklärte, daß er auf seinem Platz nur als Opfer seines Pflichtbewusstseins stehe. Die nächsten Tage schon werden erkennen lassen, ob das Kabinett neben der Einsicht auch die Kraft und die Geschmeidigkeit besitzt, die seine schwere Aufgabe von ihm verlangt.

Die deutschen Vertreter in Spaa.

Wie im Vorkriegsrat des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spaa voraussichtlich der Reichskanzler Fehrenbach, der Minister des Auswärtigen Simons und der Reichsfinanzminister Wirth teilnehmen. Ob nicht auch Reichswehrminister Dr. Gessler nach Spaa gehen wird, dürfte von der Lage der Dinge abhängen, und sich aus dem Verlauf der Konferenz ergeben. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, wird in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Dr. Simons der Direktor der Rechtsabteilung im auswärtigen Amt, Geheimrat v. Simon, nach Spaa reisen. Beide haben den Friedensvertrag bis in seine letzten verborgenen Einzelheiten studiert. Insofern wird also Deutschland in Spaa gut vertreten sein. Einige Fachmänner aus Wirtschaft und Finanzkreisen werden die amtlichen Vertreter unterstützen. Die Zahl der deutschen Teilnehmer wird aber erheblich weniger sein wie etwa in Versailles.

Die Abreise der deutschen Vertreter wird am 1. Juli abends erfolgen. Am Dienstag fand eine Kabinettsitzung statt, die den ganzen Tag in Anbruch nahm, und deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spaa war.

Die Brüsseler Finanzkonferenz tritt am 2. Juli zusammen. Lloyd George und Millerand werden bereits am Donnerstag dort ein.

Polen in Gefahr!

Polnische Aushebung in Westpreußen und Posen.

Die Lage der Polen ist infolge der bolschewistischen Gegenoffensive trotz aller polnischen Bemühungen verheerend kritisch. Der untrügliche Beweis hierfür ist ein Mobilisierungsbefehl des polnischen Kriegsministers für die ehemaligen preussischen Provinzen, eine Verzweiflungstat, wozu sich die polnische Regierung gerade jetzt vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen niemals entschlossen hätte, wenn sie nicht das Neueste für den Bestand der jungen polnischen Republik befürchtete.

Einzug ohne Rücksicht auf die Nationalität.

Ganz Anordnung des polnischen Kriegsministers werden im ehemals westpreussischen und posenschen Teilgebiet ohne Rücksicht auf Nationalität sofort zum Heeresdienst eingezogen: die ehemaligen Unteroffiziere in fremden Armeen der Jahrgänge 1890 bis 1895, einschließlich der Wagnerschützen, die in fremden Armeen oder beim Grenzschutz in der Kavallerie sowie bei der reitenden Artillerie ihre Dienstzeit verbracht haben. Ferner die Jahrgänge 1885 bis 1895, sowie die jungen Männer der Jahrgänge 1902 und 1895, die noch nicht gedient haben.

Ueber die Wirkung dieses Befehles wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Thorn berichtet:

Nach den Bekanntmachungen der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen hat die Anordnung zur Aushebung zum Heeresdienst große Verwirrung und Bestürzung hervorgerufen. Wer nicht im polnischen Heere Dienst leisten will, hat nur den Ausweg der Option. Infolgedessen entscheiden sich schon jetzt viele für Deutschland. Optionsämter, vor denen die Erklärung über die Staatsangehörigkeit abzugeben sind, sind noch nicht gebildet, doch wird als vorläufige Erklärung ein schriftlicher Verzicht vom Magistrat entgegengenommen.

Alle diejenigen, die sich auf eine andere Weise dem Heeresdienst entziehen wollen, werden darauf hinzuweisen, daß sie dadurch für die auszubildenden Anwe-

höriger die schwersten Schädigungen herbeizuführen. Durch eine Verfügung des polnischen Kriegsministeriums sind die Ausweise aller im heeresdienstpflchtigen Alter stehenden bis auf weiteres gesperrt; Verdienstleistungen sind in allen Orten des ehemals preussischen Teilgebietes angeordnet.

Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages.

Bei den Warschauer Regierungsstellen wurden Vorstellungen erhoben, da die Aushebungen ohne Rücksicht auf die Nationalität dem im Friedensvertrag vorgesehenen Optionsrecht widerspricht. Dieses Grundrecht ist im Artikel 91 des Friedensvertrages gesichert. Es heißt darin: „In sechs bis zwölf Jahre vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an können die deutschen Reichsangehörigen, welche mehr als 18 Jahre alt sind und ihren Wohnsitz in einem der als polnisch anerkannten Gebiete haben, für Deutschland optieren.“

Politische Rundschau.

— Berlin, 29. Juni 1920.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am 30. Juni im Gebäude des früheren preussischen Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Der päpstliche Nuntius Mgr. Pacelli ist in Berlin eingetroffen, um dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsbrevier zu überreichen. Er fährt in einiger Tagen nach München zurück, um noch die Verhandlungen über das neue bayerische Konkordat zum Abschluß zu bringen.

Im Warburger Studentenprozeß hat der Reichsgericht gegen das entsprechende Urteil Verurteilung eingeleitet.

Die Aufnahme von München und Nürnberg in die Reichsvereine ist durch die weitere Eingeleitung in den übrigen Städten bleibt es nach den Wünschen der Eltern bei der Konfessionsschule.

Die nächsten Aufgaben des neuen Reichstages sind in der Rede des Reichskanzlers angekündigt worden. Es ist eine Anzahl von Gesetzen vorliegen in Vorbereitung, die in allernächster Zeit dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreitet werden dürften, so die baldige Einbringung von Vorlagen zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstage bereits vor und wird als ein dringendes Gebot der sozialen Fürsorge eine beschleunigte Erledigung finden. In Anlehnung an das Reicherversorgungsgesetz für die Kriegsbekämpften soll nunmehr auch die Entschädigung derjenigen Personen gesetzlich geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen überpersche Schäden erlitten haben. Weiter sind abschließende Gesetze zur Entschädigung der aus den abgetretenen Gebieten Vertriebenen, der Auslands- und Kolonialdeutschen, endlich der Reeder, die ihre Schiffe für die Gesamtheit opfern mußten, seit längerer Zeit in Vorbereitung; sie werden demnächst dem Reichstage vorgelegt werden. Auch zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeit befinden sich Gesetze in Vorbereitung. Ebenso soll die Neuordnung einer sozialen Sondergerichtsbarkeit in Vorbereitung genommen werden. Nach Verabschiedung des Betriebsstrafgesetzes durch die verfassunggebende Nationalversammlung will man nunmehr der Frage der Bezirksarbeiterräte und eines Reichsarbeiterrates unverzüglich näher treten.

Regierung und Generalfreiwil提高. Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: „Nach unwidersprochenen Mitteilungen in der Presse werden von Organen der äußersten Linken Vorbereitungen für einen Generalfreiwil提高 getroffen, der sich auch auf die lebenswichtigen Betriebe erstrecken und unter Anwendung von Gewaltmaßregeln durchgeführt werden soll. Aus den Mitteilungen geht weiter hervor, daß der Generalfreiwil提高 zum Zweck des gewalttätigen Umsturzes der Verfassung geplant wird. Sind dem Reichskanzler diese Vorbereitungen bekannt, und was beabsichtigt er zu tun, um die der deutschen Bevölkerung aus den verbrecherischen Absichten der Streikleitung drohenden Gefahren zu beseitigen, das Wirtschaftsleben vor völliger Lahmung zu bewahren und die Verfassung gegen diese hochverräterischen Absichten zu schützen.“

Rundschau im Auslande.

Professor Fribiof Kansen will sich nach Moskau begeben, um mit der Sowjetregierung wegen des Rücktransportes der deutschen und österreichischen Gefangenen zu verhandeln.

Griechische Truppen sind in Varderna an der Südküste des Marmarameeres gelandet worden, um die Dardanellenenge von den türkischen Nationalisten zu befreien.

Franreich: Deutschlands Leistungen.

Der frühere Reichsminister Doumer hat als Berichtserhalter des Finanzausschusses der Kammer einen Bericht

Aber die Kriegskosten und die Wiedergutmachungen ausgearbeitet. In dem er ausführlich auf die bisherigen Leistungen Deutschlands eingeht. Voucher erklärt, daß es heute noch nicht möglich sei, eine genaue Aufstellung der von Deutschland wieder gutzumachenden Schäden zu bieten. Der Gesamtwert des von Deutschland zurückgelassenen und in Nordbrabant und Belgien zurückgelassenen Gutes wird von Voucher auf 8 1/2 Milliarden Franks angegeben, davon wird allein das in Belgien zurückgelassene Heeresgerät auf 6 1/2 Milliarden Franks geschätzt. Die in Deutschland tätige Kommission für die Rückgabe des geraubten Viehs hatte bis zum 31. Mai d. J. 67 476 Schafe, 7575 Riegen und 6547 Pferde erlangt. Was die Kohlenlieferung betrifft, so ist Deutschland, nach Vouchers Angaben, vom Inkrafttreten des Versailler Vertrages an mit drei Millionen Tonnen Kohlen im Rückstand. Deshalb habe der Minister der öffentlichen Arbeiten den Wiedergutmachungsausschuß ersucht, von Deutschland gewissenhaftere Einhaltung seiner Verpflichtungen zu fordern. Von den 30 000 Tonnen Schwefelsäure Ammoniak, die Deutschland gleichfalls drei Jahre lang jährlich an Frankreich abzugeben hat, wurden bisher nur 5000 Tonnen geliefert. In Farbstoffen lieferte Deutschland den Verbündeten 1300 Tonnen statt 10 500 Tonnen. Voucher bespricht dann die Geldzahlungen, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag zu leisten hatte und stellt fest, daß Deutschland bisher weder für die bis 1. Mai 1921 zahlbaren 20 Millionen Mark Gold, noch für die weiter zahlbaren 40 Millionen Mark Gold die im Friedensvertrage vorgeschriebenen Anweisungen an den Inhaber ausgegeben habe. Ebenjowenig habe es die schriftliche Verpflichtung zur weiteren Ausgabe von Anweisungen auf die Inhaber im Betrage von 40 Millionen Mark Gold ausgehandelt, wie es der Versailler Vertrag vorschreibt.

England: Endgültiger Verzicht auf den Kaiser-Prozess.

Im Unterhause sagte Lloyd George auf eine Anfrage über das kommende Leipziger Verfahren gegen die der Kriegsverbrechen Beschuldigten, ein alliierter Ausschuss erwäge augenblicklich Schritte, um sicher zu stellen, daß das Verfahren nicht ungehörig hinausgeschoben werde. Das Nichtzustandekommen des Kaiserprozesses bedeute seine Pflichtverpflichtung der englischen Regierung, da der Kaiser nicht erreichbar sei. Er glaube nicht, daß der Kaiser weiteres Blutvergießen wert sei. Auf eine Bemerkung, daß die Auslieferung des ehemaligen Kaisers auf jeder Wählerversammlung in England ausdrücklich versprochen worden sei, entgegnete Lloyd George, es sei nicht versprochen worden, die Auslieferung des Kaisers zu erzwingen, wenn er sich in den Händen einer neutralen Macht befinde, die die Auslieferung ablehne. — Damit hat England auf die Einleitung des Kaiserprozesses endgültig verzichtet.

Serbien: Ein Ehrengrab für den Mörder Franz Ferdinands.

Die Ueberreste Princip's, des Mörders des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich und seiner Gattin, der Kaiserin Elisabeth, werden von Theresienstadt in Böhmen, wo er im Gefängnis gestorben war, nach Jugoslawien überführt. Am 1. Juli werden die dort in Prag weilenden jugoslawischen Soldaten den Sarg in feierlichem Zuge von Theresienstadt nach Prag und von dort nach Jugoslawien geleiten, wo er in einem Ehrengrab beigesetzt werden soll. — Es sind jetzt gerade sechs Jahre verstrichen, seit in Sarajewo die Schüsse dieses furchtbaren Mordes fielen, die den Weltkrieg entzündet haben.

Russland: Beginn der bolschewistischen Gegenoffensive.

Die seit einem Monat ständig angekündigte große bolschewistische Offensive scheint nunmehr tatsächlich auf der ganzen Linie eingeleitet zu haben. In dem amtlichen Moskauer Bericht heißt es, daß infolge des Eingreifens der russischen Kavallerie in die vorderen polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt sei: 1. Die zweite polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt. 2. Die dritte polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hinteren Verbindungen abgeschnitten. 3. Die sechste polnische Armee in der Gegend von Posen hat in ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug bereits begonnen. Die dritte polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, ihre Proviantlager und sonstige Depots vernichtet. Ihr Rückzug ist in Flucht ausgeartet. Ein Teil der Armee ist in unsere Hände gefallen, ein anderer Teil hat sich über Felder und Wälder zerstreut. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre, ungezählte Gewehre und Kanonen erbeutet. Die Rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts. — Die russische Meldung über den Erfolg ihrer großen Offensive wird durch den polnischen Kampfbereich in wesentlichen bestätigt.

Italien: Meuterei in Ancona.

In Ancona meuterte ein Bataillon Bersaglieri, nahm die Offiziere gefangen und verbanderte mit Maschinengewehren jede Annäherung. Gleichzeitig wurde in der Stadt der Generalkrieg erklärt. Offiziere wurden in den Straßen tödlich angegriffen. Viele Personen wurden verwundet. Die Regierungstruppen schlossen die Kaserne mit Schützengraben ab und führten Geschütze auf, worauf sich die Meuterer nach den letzten Berichten ergaben.

Andauernd Feuerstrawalle.

Die Waren verschwinden vom Markt.

Die Lebensmittelstrawalle sind allmählich eine alltägliche Erscheinung geworden. Täglich wird von mehr oder minder gewalttätigen Kundgebungen berichtet, die sich gegen die hohen Preisfestsetzungen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände richteten und bei denen es zu gewaltfamer Aneignung der Waren, zu beliebig herabgesetzten Preisen, zu Raub und Plünderung, Mißhandlung und Tötlichkeiten — in verschiedenen Fällen sogar mit tödlichem Ausgang — gekommen ist.

So begreiflich nun auch die Erregung der Bevölkerung über die vielfach ganz willkürlich in die Höhe geschraubten Preise gewisser Händler ist, der Weg der Selbsthilfe, der zuerst in Württemberg und dann in den Hansestädten und an der Unterweser eingeschlagen worden ist und leider, wie die täglich eingehenden Meldungen beweisen, an anderen Orten unbedingt zur Nachahmung herausfordern muß, dieser Weg muß so schnell wie möglich verlegt werden, wenn nicht das ganze Wirtschaftsleben dadurch aufs schwerste gefährdet werden soll. Es wird wohl keinen Mensch geben, der für die gewissenlosen Ausbeuter und Wucherer ein Wort einlegen wollte, aber andererseits ist es doch völlig verfehlt, hier mit ungeschicklichen Mitteln einzugreifen.

Der Reichstag wird sich anläßlich einer Interpellation über die Vorgänge der letzten Tage mit dieser Angelegenheit befassen müssen. Reichstag und Regierung müssen unbedingt darauf bestehen, daß der

Weg des Rechts nicht verlassen wird und daß dem unsauberen Wuchern ein Ende bereitet wird.

Das Verteilen der Waren durch Unbefugte und die leichtfertige Inzenerierung von Tumulten kann zu Folgen führen, deren Tragweite sich jetzt noch gar nicht ermessen läßt. Die Zufuhr vom Lande wird stocken. Auch die vernünftigen Händler werden begreiflicherweise lieber ihre Waren zurückhalten, bis wieder eine Beruhigung in der Bevölkerung eingetreten ist. Die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung ist dadurch aufs höchste gefährdet, besonders die Minderbemittelten werden am meisten davon betroffen.

Hinzu kommt noch, daß auch die bei den Ausschreitungen angerichteten Schäden, wie Zertrümmern der Geschäftseinrichtungen, von den Steuerzahlern getragen werden müssen, denn für Tumultschäden müssen nach dem neuen Reichsgesetz das Reich und die Gemeinden aufkommen.

Schließlich muß an alle Käufer, insbesondere an diejenigen, denen das leicht verdiente Geld zu losen in der Tasche sitzt, der dringende Appell gerichtet werden, nicht unbesehen alle Preise zu zahlen. Sie sind vielleicht die eigentlichen Preistreiber, deren Gedankenlosigkeit und Leichtsinn den äußeren Anreiz für die Händler bietet, die Preise ins Unermessliche zu steigern.

In Westfalen ist es noch nicht zu Lebensmittelunruhen gekommen, dagegen herrscht unter den Bergarbeitern starke Unzufriedenheit über den Mangel an Brot. Falls hier nicht bald Abhilfe geschaffen wird, ist mit der Gefahr der Arbeitseinstellung zu rechnen. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, durch erhöhte Zuweisung von Fett an die Bevölkerung den Brotmangel auszugleichen.

In Duisburg schritt die Bevölkerung zur Selbsthilfe, indem sie die Verkaufspreise sowohl beim Groß- als beim Kleinhandel auf die Hälfte und mehr herabsetzte. Wo dem Publikum Widerstand entgegengebracht wurde, übernahm es selbst den Verkauf und handigte dann den Händlern das eingenommene Geld ein.

Auch in Darmstadt mußten die Obstverkäufer das Obst zu billigerem Preise abgeben. In Mainz hat das Publikum erhebliche Preiserminderungen erzwungen.

Aufträge wegen der Feuerstrawalle.

Abgeordnete der Deutschen Volkspartei haben folgende Anfrage beim Reichstage eingebracht:

„In verschiedenen Städten, wie Osnabrück, Krefeld, Bremen, Ulm und Ravensburg sind Teile der Bevölkerung dazu übergegangen, Kaufleute und Gewerbetreibende unter Androhung von Gewalt zu zwingen, ihre Waren zu willkürlich von den Käufern festgesetzten Preisen unter erheblichen Verlusten zu verkaufen. Den so vergewaltigten Geschäftsinhabern ist seitens der öffentlichen Sicherheitsorgane kein genügender Schutz zuteil geworden. Was denkt die Reichsregierung zu tun, um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern? Ist sie bereit, die Geschäftsinhaber angemessen zu entschädigen?“

Neue Lebensmittelunruhen im Reich.

In Würzburg kam es am Montag zu schweren Lebensmittelunruhen. Vor dem Rathaus sammelte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge an. Das Rathaus wurde von der Reichswehr besetzt, und diese forderte die Menge auf, den Platz zu räumen. Als dies nicht geschah, gab die Reichswehr Feuer. Wie verlautet, sind mehrere Personen getötet und schwer verletzt worden. Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Die Unruhen in Württemberg haben aufgehört. Es kam zu einer kleinen Schießerei in Ravensburg zwischen Jüdinnen und Reichswehr, dabei gab es auf Seiten der Jüdinnen einen Toten und etliche Verwundete.

In Cuxhaven kam es Montagabend zu Plünderungen in der Norddeichstraße. Die Polizei war machtlos. Die Küstenwehr wurde zu Hilfe gerufen. Sie griff aber nicht ein. Das Gewerkschaftsamt forderte in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei von der Straße und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner. In Hamburg ist der Montag ruhig verlaufen. Die Absperrringmaßnahmen dauern an. Die Unruhen im Freistaat Oldenburg haben aufgehört. Die Sicherheitspolizei ist über das ganze Land verteilt und größere Abteilungen wurden in den wichtigsten Städten des Landes aufgestellt.

Die Plünderung Hamburg.

Nachdem bereits in Bremen die Feuerstrawalle in schwere Ausschreitungen ausgeartet sind, kam es am Sonnabend auch in Hamburg zu ähnlichen Vorfällen, deren Folgen allerdings bedeutend verhängnisvoller waren als in Bremen.

Die Lebensmittelunruhen, die am Sonnabend vor-mittag einsetzten, waren zunächst nur örtlich begrenzt, und sollten nur zur gewalttätigen Herabsetzung der Lebensmittel- und Obstpreise führen. Am Nachmittag wurde die Lage bereits ernst. Der Mob, der die Erregung der Hausfrauen auszunutzen wollte, bemächtigte sich der Straße und benutzte die Gelegenheit, zum Plündern und zum Rauben. Wie mit einem Schlage flammte die Bewegung in allen Stadtteilen auf, größere Trupps von Erwerbslosen und leichtsinnigen Gesindel drangen in die Läden ein und erzwangen die Abgabe von Lebensmitteln ohne Bezahlung. Auch Konfektions- und Schuhgeschäfte wurden gestürmt. In mehreren Fällen wurden die Ladenscheiben zertrümmert und die Auslagen geraubt. Auch in Altona kam es zu Zusammenrottungen und Plünderungen. Hier wurde in der Großen Bergstraße der Schuhwarenladen der Firma Tad fast völlig ausgeraubt. Die Sicherheitswehr und die Stadtwehr von Groß-Hamburg wurden alarmiert. In der späten Abendstunde wurde an verschiedenen Stellen der Stadt von der Schutzwehr Gebrauch gemacht. Kurz vor Mitternacht gab es bereits zwei Tote und sehr viele Verwundete. Zwei Panzerautos stellten in Hamburg die Ruhe wieder her. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In später Abendstunde wurde der Ausnahmezustand über Hamburg erklärt. Die Stadt ist nach außen hin scharf abgeperrt. Plün-

derer werden mit Erschießen bedroht. Am Sonntag kam es nur zu geringfügigen Ausschreitungen. Dagegen begannen am Montag früh bereits wieder die Unruhen. Verschiedene Schuhwaren- und Konfektionsgeschäfte wurden gestürmt. Die Landwirte weigern sich, die Preise herabzusetzen und haben mit ihren familiären Vorräten den Gemüsemarkt verlassen; die Hamburger sind infolgedessen ohne frisches Obst und Gemüse.

Auch in Bremerhaven, Geestemünde und Lehe kam es Sonnabend zu schweren Ausschreitungen. Nach dem Krawall auf den Märkten versammelten sich nachmittags große Massen auf den Straßen und suchten die Geschäfte heim. In Geestemünde ist ein großes Warenhaus vollständig ausgeraubt, Anlagen wurden mit durchschnittlich 50 Mark ausgegeben. Den Verlauf besorgten die Arbeiter. Schließlich mußte die Sicherheitswehr eingreifen. Auf den Hauptstraßen wurden Maschinenengewehre aufgeföhren und auf diese Weise die Straßen von den Demonstranten gesäubert.

Erste Unruhen werden auch aus Magdeburg gemeldet. Auf dem Alten Markt wurde der Inhalt der Körbe von der empörten Menge auf die Straße geschüttet und man versuchte, sich der Verkäufer zu bemächtigen, die in nahe gelegene Häuser geflüchtet waren. Die sehr schwach vertretene Polizei war der vielhundertköpfigen Menge gegenüber machtlos. Schließlich wurden einige Schreckschiffe abgegeben und die Verkaufsstellen vom Mob geräumt, worauf allmählich wieder Ruhe eintrat.

Die Landwirte in Lippe haben sich entschlossen, für ihre Kartoffeln der neuen Ernte nur 12 Mark für den Zentner zu nehmen. Der Magistrat der Stadt Hannover hat einen energischen Protest an die Reichsregierung gerichtet gegen die hohen Kartoffel- und Fleischpreise. In Cuxhaven ist eine Reunionskommission eingesetzt, die in Verbindung mit dem Magistrat eine Herabsetzung der Preise vornimmt und verschiedene Geschäftsleute verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Ware an die minderbemittelte Bevölkerung ohne jeden Nutzen zu verkaufen. In Mainz dauern die Feuerstrawalle fort. Von der Stadterwaltung wird verlangt, sofort eine Preisherabsetzung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel herbeizuföhren. In Würzburg und Frankfurt am Main haben mächtige Kundgebungen gegen die Feuerstrawalle stattgefunden. Zu ersten Unruhen ist es bis jetzt nicht gekommen. Die Unruhen in Hamburg haben fünf Todesopfer gekostet. In Berlin kam es in der Zentralmarkthalle zu Ausschreitungen, die jedoch sofort von der Sicherheitspolizei unterdrückt werden konnten. Eine Kravalldemonstration vor dem Rathaus verlor sich.

Lozales und Provinziales.

Weissenheim, 1. Juli. Gestern Nachmittag tagte im Kreisstadtsaal des Reichshauses in Radesheim eine Versammlung von Vertretern der größeren Bürgermeistern, Kreis- und Ortsbauernschaften, der Gewerkschaften sowie der Händler des Rheingaukreises, in der eingehend die augenblickliche Lage insbesondere im Hinblick auf die Vorgänge in den benachbarten Städten wie Mainz, Wiesbaden usw. besprochen wurde. Allseitig wurde betont, daß es im Rheingaukreise zu ähnlichen Vorkommnissen auf dem Obstmarkt und in den Lebensmittelgeschäften wie in den Nachbarstädten nicht kommen dürfe und daß man bestrebt sein müsse, der Lage schnellstens Herr zu werden, durch Schaffung von entsprechenden Einrichtungen und weitgehender Aufklärung der Bevölkerung. In längerer Ausführungen hat vor allen Dingen der Vertreter der Gewerkschaften, Herr Gewerkschaftssekretär Traber aus Winkel, die Notwendigkeit engsten Zusammengehens und voller Uebereinstimmung bei allen zu treffenden Maßnahmen seitens sämtlicher berufener Vertreter der einzelnen Berufsstände hervorgehoben und versprochen, seitens der Gewerkschaft auch die notwendige Aufklärung in die Arbeiterkreise zu tragen. Man kam überein, dem Kreisrat des Rheingaukreises die sofortige Einrichtung einer Preisprüfstelle vorzuschlagen und hielt es für zweckmäßig, wenn zunächst je zwei Vertreter aus dem Kreise der Verbraucher, der Händler und der Erzeuger in diese Stelle berufen würden. Der gleichzeitig tagende Kreisrat hat noch im Laufe der Sitzung die Errichtung einer Preisprüfstelle beschlossen, deren Aufgabe es sein muß, nunmehr sofort Nicht- bzw. Höchstpreise für die wichtigsten Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse des täglichen Verbrauches sowie sie nicht rationiert sind, festzusetzen.

Weissenheim, 1. Juli. Zum erstenmale trat am Samstag den 20. Juni die Freiwillige Sanitäts-Kolonne Weissenheim zusammen. Die allgemeine Ansicht der Mitglieder führte dahin, die Kolonne wieder neu aufzubauen, und durch Verstärkung jüngerer Kräfte, wieder neues Leben in die gute Sache hinein zu rufen. Unser allseits beliebter leitender Ober- und Kolonnenarzt Herr Geheimer Sanitätsrat Dr. Ehrhard hat seine Mithilfe zum neuen Aufbau der Kolonne in liebevoller Weise zugesagt. Wir bitten die jüngeren Leute die Interesse an der guten Sache haben und der Kolonne beitreten möchten, sich bei unserem Kolonnenführer Heinrich Kiliav, Weberstraße bis zum 15. Juli anmelden zu wollen. Möge der Erfolg ein recht guter sein.

KA Weissenheim, 1. Juli. Bekanntlich ist der Bezirksverband genötigt, zur Deckung seiner Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 eine weitere Bezirksabgabe von 13 1/2% zu erheben. Aus den Zeitungsnachrichten konnte man ersehen, daß in den größeren Städten z. B. in Wiesbaden, eine weitere Umlage in der Höhe der Bezirksabgabe unerlässlich geworden ist. Der Rheingaukreis sieht sich in der günstigen Lage, nur 3 1/2% zur Deckung der Abgabe noch an Steuern zu bedürfen. Die restlichen 10% können der bereits im Vorjahre beschlossenen Kreisabgabe in der gleichen Höhe entnommen werden, die zur Verbilligung der Lebensmittel in der Zeit von Juli bis Oktober 1919 bestimmt war. Die Aufwendung des Steuerbetrages für diesen Zweck ist nicht mehr erforderlich, nachdem das Reich sich bereit erklärt hat, die gesamten Kosten der Verbilligung zu übernehmen. Die hiernach auf die einzelnen Gemeinden

des Abgangskontos entfallende Summe ist so unerheblich, daß jede Gemeinde sie un schwer ohne Erhebung einer besonderen Steuerrate aus laufenden Mitteln wird decken können.

Die neuen Gebühren für den Telegraphen- und Fernsprechehr. Vom 1. Juli ab beträgt die Telegraphengebühr bei gewöhnlichen Telegrammen 20 Pfg. für jedes Wort, mindestens 2 Mk.; bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Gebühren. Für dringende Telegramme wird die Wortgebühr dreifach berechnet. Innerhalb Deutschlands kann der Absender die Weiterbeförderung durch Eilboten ohne Rücksicht auf die Entfernung mit 2 Mk. für jedes Telegramm vorausbezahlen. Eine Quittung über entrichtete Gebühren wird gegen Zahlung von 50 Pfg. erteilt. Für die Mitnahme der Telegramme durch die Telegraphenboten und die Landbriefträger wird eine Zuschlaggebühr von 30 Pfg. für jedes Telegramm erhoben. Die Gebühren für Telegramme nach dem Auslande sind aus der Gebührentafel für Telegramme zu entnehmen, die bei sämtlichen Postanstalten für 20 Pfg. käuflich ist. — Die Fernsprechnutzer haben zum Ausbau des Fernsprechnetzes einen einmaligen Betrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß zu leisten. Der Beitrag wird am 1. Oktober fällig. Die Gebühren für ein Ferngespräch von nicht mehr als drei Minuten dauern betragen bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometern 80 Pfg., 50 Kilometer 1 Mark, 100 Kilometer 2 Mark, 300 Kilometer 3 Mark, 500 Kilometer 4 Mark, 750 Kilometer 5 Mark, 1000 Kilometer 6 Mark und über 1000 Kilometer 8 Mark.

Wertangabe bei Anstandspossendungen. Um den Absendern von Wertsendungen im Auslandsverkehr die Möglichkeit zu geben, den Inhalt der Sendungen wesentlich höher als jetzt und zwar bis zur Höchstgrenze der im Bestimmungslande zugelassenen Wertangabe zu versichern, soll vom 1. Juli an bei Briefen, Paketen und Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande der Wertbetrag vom Absender nicht mehr in der Mark, sondern in der Frankowährung angegeben werden. Bei Wertsendungen nach dem Freistaat Danzig, dem Memelgebiet, des 1. Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig, Oesterreich und Ungarn sowie bei Wertpaketen nach Luxemburg und der Tschecho-Slowakei bleibt vorläufig der Wert noch in der Markwährung anzugeben. Bei Schadenersatzleistungen im Auslandsverkehr rechnen die Postanstalten vom 1. Juli an den Franken nach dem für die Gebührenerhebung geltenden deutschen Geamwert in der Reichsmark um.

Rüdesheim 30. Juni. In der gestern Abend stattgefundenen Hauptversammlung der Turngemeinde wurden die endgültigen Einteilungen für das am nächsten Sonntag zu abzuhaltende Wetturnen des Turngaues Süd-Nassau getroffen. Die Beteiligung übertrifft die der früheren Jahresjahre sowohl an Zahl der angemeldeten Wetturner, als auch besonders in der Mannigfaltigkeit des Gebotenen. Um große Anzahl Vereinskrieger werden antreten, das Turnen der älteren Turner wird zeigen, daß die turngemäße Körperpflege bis in die höheren Jahre frisch und gesund hält; die zahlreichen Riegen der Frauen und Mädchen-Abteilungen werden sich im Turnen an den Geräten, in Spielen und Reigenaufführungen betätigen. Am 7. Uhr abends ist Siegereverklündung. Montag Nachmittag wird auf dem Festplatz der Schuljugend Gelegenheit zum turngemäßen Spielen geboten werden. Das Fest, dem eine Begrüßungsfeier am Samstag Abend vorhergeht, findet auf dem prachtvoll am Rheine belegenen Spielweien statt.

Winkel, 30. Juni. Das Bürgermeisteramt Winkel teilt mit, daß unter den Viehbeständen des Rhabanus Klünner, hier, Bachweg, die Maul- und Klauenseuche ausgedrückt ist. Ueber das Gehöft wurde die Sperre verhängt.

Uberursel, 29. Juni. Am 10., 11. und 12. Juli findet hier der 23. Feuerwehrtag des Feuerwehroverbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden und Kreis Wehlar, verbunden mit dem 55jährigen Jubiläum der Freiw. Feuerwehr Oberursel statt. Zur Uebernahme des nächsten Verbandstages hat sich die Eitwiler Freiw. Feuerwehr gemeldet, die in diesem Jahr auf eine 50jährige Tätigkeit zurückblickt.

Frankfurt, 30. Juni. Die Deutsche Demokratische Partei in Hessen-Nassau hat gegen die Feststellung des Ergebnisses der Reichstagswahl Protest eingelegt, und es besteht die beinahe sichere Ansicht, daß dieser Protest Erfolg haben wird, sodaß Hessen-Nassau dann unmittelbar durch zwei Demokraten im Reichstag vertreten sein wird; ein weiterer demokratischer Abgeordneter aus der Provinz ist der auf der Reichstagsliste gewählte Handwerks-Obermeister Knieß-Raffel. Dem Kandidaten Landwirt Trieschmann-Oberellenbach fehlen nur 43 Stimmen zu seiner Wahl. Unter den 3400 ungültigen Stimmzetteln befinden sich eine ganze Reihe von Zetteln, auf denen der Name Schüding allein stehen geblieben, die andern Namen gestrichen waren. Diese Stimmzettel werden natürlich auf dem Protest hin als gültig anerkannt werden müssen, und es ist kaum eine Frage, daß neben Professor Schüding und Obermeister Knieß auch Herr Trieschmann als gewählt erklärt werden wird.

Aus Stadt und Land.

Das Großfeuer bei Krupp. Der durch das Feuer in den Kruppischen Werken in Essen entstandene Schaden ist nicht ganz so groß, wie vorher angenommen wurde. Von den gesamten Baracken konnten 15 gerettet werden, während 4 und der größte Spießsaal verbrannten. Insgesamt ist etwa die Hälfte der Gesamtbauten niedergebrannt. Die im Kellergeschoß des Spießsaals untergebrachten Möbel blieben größtenteils verschont. Der Wert der verbrannten Möbel der Rheinstädtischen Werkstätten wird schätzungsweise auf etwa sechs Millionen Mark angegeben. Die niedergebrannten Baracken der Firma Krupp haben einen Vorkriegswert von 2 1/2 Millionen Mark, der durch Verschönerung gedeckt ist. Gegen die Brandhähnen, die sich während des Feuers mit Möbeldiebstahl beschäftigten, ging die Sicherheitspolizei vor und nahm etwa 30 Verhaftungen vor.

2000 Kriegsgefangene ertrunken? Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge wird aus Petersburg gemeldet, daß an der Mündung der Neva unsern Petersberg gegenüber Helsingfors ein bolschewistischer Dampfer von 8000 Tonnen gesunken ist. An Bord befanden sich 2000 militärische und nichtmilitärische Kriegsgefangene deutscher, österreichischer und englischer Nationalität, die sämtlich ertrunken sind. — Nach Kopenhagener Zeitungsmeldungen soll die Nachricht nur auf Gerüchten beruhen, sie wird daher stark bezweifelt. Sollte sie jedoch in ihren Einzelheiten zutreffen, so liegt hier eine der größten Schiffskatastrophen vor. Denn die im und vor dem Kriege versenkten Dampfer führten nicht so viele Passagiere und Besatzung. Mit der „Titanic“ sind seinerzeit rund 800 Menschen untergegangen.

Folgen schwerer Zugzusammenstoß bei Prag. Sonntag stieß ein von Lieben kommender Güterzug auf einen Sonderzug zum Sokolkongreß, der an der Station Böhmisch-Brod wartete. Um nach Freiwerden der Strecke seine Weiterfahrt nach Prag fortzusetzen. Vier Waggons des Güterzuges und vier des Sokolzuges wurden beschädigt, drei Personen getötet und 56 zum Teil schwer verwundet. Nach der Ueberführung ins Krankenhaus starben weitere zwei Personen.

Kleine Nachrichten.

Die Kriegsgefangenen, die sich auf dem auf der Neva gesunkenen Bolschewistendampfer befanden, sind sämtlich gerettet worden.

Der Bürgermeister Rüddecke von Erfurt, der seit 1907 im Dienste der Stadt Erfurt steht und dessen Amtszeit 1931 erst abläuft, hat sein Abschiedsgesuch ohne Angabe von Gründen eingereicht.

In der Nähe von Staßfurt wurde ein Postbote von drei Räubern überfallen, die ihm die Brieftasche mit 195 100 Mark Inhalt raubten. Die Täter entkommen.

Auf dem Flugfelde in Wöpern stürzte der mittlere Prototyp aus 50 Meter Höhe ab. Er blieb tot liegen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 1. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab bei der Beratung des Notstands Reichsfinanzminister Dr. Birtz ein trübes Bild über die schlimme Finanzlage des Reichs: 265 Milliarden Mark Schulden, dazu eine Menge großer Aufgaben und weiteres Verlangen um Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Die Regierung wird sich heute im Plenum darüber äußern. An die Forderung von 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Aussprache, an der sich die Abgeordneten Mumm (national), Dr. Delbrück (national), Erling (Ztr), Eichhorn (U S) und Schirmer (Bagr. Bp) beteiligten. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun und Ministerialrat Glas betonten, daß vom Ministerium alles geschehe, um die Wohnungsnot, die wegen des Kohlen- und Baustoffmangels erschwert werde, zu bekämpfen.

TU Berlin, 1. Juli. Die deutschnationale Fraktion hat dem Reichstag einen Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln mit Ausnahme von Brotgetreide und Milchzeugnissen aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, um durch die Steigerung der Brotgetreide- und Milchzeugung die rasche Beseitigung der gesamten öffentlichen Bewirtschaftung zu ermöglichen. Ferner beantragte sie, um ein Verderben erheblicher Teile der Ernte zu verhüten und um hierdurch die Volksernährung sicherzustellen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere während der Saat- und Erntezeit vor Anruf der Entscheidung der zuständigen Schlichtungsausschüsse verboten werden und terroristischen Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

TU Berlin, 1. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat die unabhängige Fraktion ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung eingebracht. Hierzu schreibt der „Vorwärts“: Daß dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages angenommen werden würde, haben die Unabhängigen auch keinen Augenblick vorausgesehen, sie verfolgen also mit ihrem Antrag augenscheinlich nur Demonstrationsabsichten, insbesondere wollen sie die sozialdemokratische Fraktion vor die Alternative stellen, entweder dem Mißtrauensvotum zuzustimmen oder es abzulehnen. Sie wissen sehr gut, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Antrag der Regierung den Boden entziehen wird, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen. Aus diesem Grunde wird die sozialdemokratische Fraktion dem unabhängigen Antrage ihre Zustimmung nicht geben können. Sie hat gestern abend nach Schluß der Reichstagsitzung bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen.

TU Straßburg, 1. Juli. In den ersten Tagen des Monats Juli findet in Straßburg eine französisch-belgische Rheinkonferenz zur Erzielung einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Belgien und Frankreich über die künftige Gestaltung des Rheinschiffverkehrs statt. Diese Konferenz wird der internationalen Rheinschiffverkehrskonferenz, die ebenfalls neuerdings Anfang Juli zusammentritt, vorausgehen, um so die Basis für die Lösung der Rechtsfragen in der Rheinschiffahrt festzulegen, da die erste Tagung resultatlos verlief.

TU Lausanne, 1. Juli. Der Bundesrat hat, laut „Revue“, vom Sekretariat des Völkerbundes die Einladung zur Teilnahme an der 1. Völkerbundsversammlung erhalten, die im November stattfindet. Die Anträge der Mitgliedsstaaten müssen vor dem 15. Juli dem Generalsekretariat eingereicht werden. Immerhin hofft man, daß dieser etwas zu kurze Termin verlängert wird.

TU Stockholm, 1. Juli. Die hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Finnland vorsehen.

Frisch eingetroffen!
Ta. Griesmehl
per Bsd. Mt. 4.50
Ta. Reis
per Bsd. Mt. 6.—
la. Makronen in Stangen
per Bsd. Mt. 10.50
Warenhaus Kittel.

Begzugs halber verlaufe ich mein in der Feldstraße Nr. 2 belegenes, 2stöckiges

Wohnhaus,
ferner mehrere technische Lehrbücher sehr gut erhalten.
Prof. Himmel.

Kirschen
sowie alle Sorten Obst
kauft fortwährend zu
den höchsten Preisen
Franz Rückert.

Redes Quantum
Kirschen
und sonstiges Obst nimmt
zu Tagespreisen an
Frau B. Rothhaupt.

Größeres Quantum
Johannisbeeren
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

**Empfehle neben
Obst, Gemüse und
Süßfrüchte
Holländ. Süßrahmtafel-
butter, Holl. Süßrahm-
Margarine, Holl. Käse,
Handkäse u. frische Eier.**
Wöchentlich 2 mal
frische Hefe.
Nehme Bestellungen auf
neue ital. Kartoffeln
entgegen.
Frau B. Rothhaupt.
Marktstraße.

DOBAL
der wirkliche Sohlen-
Schuh, gar. 4-fach, halt-
bar, elast., schält die
Sohle vor Durchl., im-
prägn. die Sohle und
läßt weder Kälte noch
Nässe durch.
Erprobt und bewährt.
In allen L. d. unter. Welt.
Dobal-Werke,
Wiesbaden.
— Vertreter gesucht —

Futtertröge und Rauten
Frau P. J. Klein Wwe,
Steinheimerstr. 5.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

**Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.**

Deute Donnerstag Abend:
Turnstunde.

Sämtliche Riegen- und Einzelwetturner haben unbedingt zu erscheinen. Entschuldigungen sind ausgeschlossen. Diejenigen Mitglieder, welche Dauerfestigkeiten zum Gausefest am Sonntag zu Mt. 1 wünschen, wollen dies heute Abend in der Turnhalle melden.
Fritz Jffinger, 1. Turnwart.



**Rheingauer
Ruderverein 1912**
Freitag Abend 8 Uhr:
Monats-Versammlung
im Vereinslokal Gasthaus
„Kranke“, hier.
Der Vorstand.

**Gesangverein
Lieder-
kranz.**
Donnerstag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Um pünktliches und voll-
ständiges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

Einladung.
Zur Feier seines 50jährigen Bestehens veranstaltet der Männergesangverein „Eintracht“ Camp vom 8.-5. Juli ein großes Sängersfest.
Der Verein beteiligt sich für Sonntag den 4. Juli an dieser Feier.
Die Abfahrt erfolgt mit dem Zuge 10⁴⁴ Uhr vorm., die Rückfahrt ab Camp 7⁴⁴ Uhr nachm., Ankunft in Geisenheim 9⁴⁴ Uhr nachm.
Die Mitglieder nebst Angehörigen sind zu recht zahlreicher Beteiligung freundlich eingeladen. Freunde und Gönner des Vereins sind ebenfalls herzlich willkommen. Vereinsabzeichen anlegen!
Der Vorstand.

**Imprägnierte
Weinbergspfähle,
Stückeln,
Bretter und Latten.**

Gesägte Tannen, ge-
tiffene Fichten, Prima ge-
sägte Kyanisierte und Rund-
käfte kyanisiert etc.
In verschiedenen Sorten
und Qualitäten.

Weinbergsstäbchen
imprägnierte sowie kyanisierte
von 1,50, 1,75, 2 m u. höher.
Verland gegen Nachnahme.

Zur Baumpflanzung
kyanisierte und imprägnierte
Baumstämme u. Pfähle
zur Jaun-Anlage in allen
Lagen und Dicken, zu an-
nehmbarsten Preisen, alles
ab Lager gegen netto Kasse.

E. Dillmann,
Kirchstr. 18. Telef. 198.

Lose
der Preuß. Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse 18. Juli
einschl. Feuerungszuschlag
7.30 14.60 29.20 58.40 pro K.
oder
36.50 73.— 146.— 292.— 1.5 K.
Porto 50 Pfg. empfiehlt
Bellesheim
Bingen am Rhein.
Preuß. Lotterie-Einnehmer.
Postfachkonto Nr. 15 221
Frankfurt a. M.

